

Presseinformation

Kiel, den 28.01.2026

Es gilt das gesprochene Wort

Michael Schunck

TOP 20 Recht auf Freiwilligendienst
Drs. 20/3999

„Ein Freiwilligendienst darf nicht länger vom Portemonnaie der Eltern abhängen“

Wer sich die Mühe macht und genauer hinschaut, was in diesem Haus bereits zu Freiwilligendiensten beantragt und diskutiert wurde, dem fällt vor allem eines auf: Die Liste der Forderungen ist lang und durchaus berechtigt.

Ob faires Taschengeld, bezahlbares Wohnen oder echte Mobilität – die Punkte liegen seit Jahren auf dem Tisch. Doch die Umsetzung verläuft zutiefst schleppend und manche finanziellen „Verbesserungen“ sind wohl eher Makulatur als ein echter Zugewinn. So feiert unsere Regierungskoalition das mühsam errungene 15-€-Ticket für die Mobilität der FSJ-ler als großen Wurf (August 2023). Wenn Sie mich fragen, finde ich das etwas, naja, „dürftig“, würde ich sagen.

Und somit rennt die heutige Generation der Freiwilligen gegen dieselben Wände wie ihre Vorgänger, während Zuständigkeiten zwischen Land und Bund weiter hin- und hergeschoben werden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Armutszeugnis, das wir dringend ändern müssen.

Es ist doch paradox:

Freiwilligendienste sind für alle Seiten ein Gewinn, und dennoch gelingt es uns nicht, allen Interessierten überhaupt einen Platz anzubieten. Die Einsatzstellen profitieren aber von zusätzlicher Unterstützung. Und außerdem könnte unser demokratisches Gemeinwesen gestärkt werden, weil sich ehemalige Freiwillige nach Beendigung ihres Freiwilligendienstes häufig weiterhin in die Gesellschaft einbringen.

Und selbst die Wirtschaft profitiert von diesem Engagement, da junge Menschen kompetenter und selbstorganisierter in ihre Ausbildung starten.

Wir müssen zudem mit dem Vorurteil aufräumen, Freiwillige könnten reguläre Fachkräfte verdrängen.

In der aktuellen Arbeitsmarktrealität ist diese These schlicht unhaltbar. Angesichts des massiven Fachkräftemangels in der Pflege, dem sozialen Sektor oder dem Naturschutz sind Freiwillige keine Gefahr, sondern eine unverzichtbare Entlastung. Sie sind das effektivste Instrument gegen den Fachkräftemangel, das wir haben. Wer heute in einer Kita unterstützt, ist die qualifizierte Fachkraft, die wir morgen brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist doch eine positive Nachricht, dass nach wie vor so viele Menschen Lust haben, einen Freiwilligendienst zu machen. Gerade in Zeiten, in denen über Pflichtdienste, wie bei einer Wehrpflicht oder ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, debattiert wird, müssen wir das Element der Freiwilligkeit schützen. Freiwillige bringen eine eigene Motivation mit, die ein enormer Gewinn für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ist.

Der SSW hat in der Vergangenheit immer wieder Initiativen für attraktivere Dienste eingebracht, doch passiert ist erschreckend wenig. Daher unterstützen wir den vorliegenden Antrag der SPD vollumfänglich. Es ist folgerichtig, den Bund zu adressieren und durch einen echten Rechtsanspruch eine einheitliche Systematik für die Förderung der Freiwilligendienste zu schaffen. Dies würde endlich den Missstand beenden, der uns besonders bitter aufstößt: Ein Freiwilligendienst darf nicht länger vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Ein vom Bund finanziertes Freiwilligengeld würde allen Interessierten die gleichen Chancen geben – unabhängig vom Geldbeutel des Elternhauses.

Dennoch bleiben Detailfragen offen, die wir im Sozialausschuss vertiefen müssen. Ist der BAföG-Höchstsatz von 855 € als Referenzwert ausreichend? Oder braucht es doch bei den steigenden Lebenshaltungs- und Mietkosten eher eine Angleichung an den Sold des freiwilligen Wehrdienstes wie Sophia Schieber ihn bereits im Juni 2024 (Drs. 20/2202) hier im Landtag vorgeschlagen hat? Uns vom SSW treibt auch die Frage um, wie wir eine echte Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen garantieren können? Oder wie wir die Anrechenbarkeit auf eine mögliche Wehrpflicht politisch einordnen sollten? Und ich halte es für besonders wichtig, dass wir diese und andere Dinge nicht nur miteinander vertiefen sollten, sondern vor allem auch mit den Menschen diskutieren, die es direkt betrifft. Wir plädieren also für eine Ausschussüberweisung und eine möglichst umfassende Anhörung.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mmediathek/>